

Niederschrift

Gremium: Umweltausschuss
Sitzungs-Nr.: 13 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 07.06.2005
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 14.30 Uhr **Ende:** 16.30 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:	Seite:
1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	3
2 Genehmigung der Niederschrift über die zwölfte öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 27.01.2005 Die Niederschrift liegt vor.	3
3 Niedersächsische Abfallbilanz 2003 Sitzungsvorlage Nr. 101/2005	3
4 Datenerhebung zur Niedersächsischen Abfallbilanz 2004 für Siedlungsabfälle und andere Abfallgruppen; <u>hier:</u> Abfallbilanz 2004 für den Landkreis Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 104/2005	4
5 Jahresabschluss 2004 der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 102/2005	4
6 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes Sitzungsvorlage Nr. 103/2005	5
7 Sachstand Windenergie Situation in den drei Wattenmeer-Anrainerstaaten Sitzungsvorlage Nr. 97/2005	5
8 Situation der Bodenabbauverfahren im Landkreis Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 105/2005	6
9 Mitteilungen und Anfragen	
9.1 Nutzungen in FFH-Gebieten	6
9.2 Sicherung der Natura 2000-Gebiete	7
9.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Wiederezulassung des Abbaues von Sand und Klei in Salzwiesen und Wattenmeer	7
9.4 Unterhaltung von Gewässern	7
9.5 Kompensationsmaßnahmen für gemeindliche Wegebaumaßnahmen	8
9.6 Vortragsveranstaltung „Meeresspiegelanstieg und Weserausbau“	8
10 Einwohnerfragestunde	
10.1 Errichtung von Windenergieanlagen in der Gemeinde Wanna	8

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt Vorsitzender
Kreistagsabgeordnete Frau Bergen, Cuxhaven
für den verhinderten Abg. Guthahn, Osten (bis TOP 9.2)
Kreistagsabgeordneter Föge, Wingst
Kreistagsabgeordnete Frau Goede, Wulsbüttel
Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel (bis TOP 9.5)
Kreistagsabgeordnete Frau Schlüter, Steinau
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Tönjes, Heerstedt
Kreistagsabgeordneter Wrede, J., Nordholz

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordnete Frau Ritzenhoff, Bramstedt

Als hinzuberufene beratende Mitglieder:

Herr Georg Haar, Seestraße 21, 21776 Wanna
Frau Anne Meyer, Hahnenbergsweg 8, 27616 Bokel

Von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Jochimsen
Baudirektor Wortmeyer
Dipl.-Ing. Rusch
Kreisamtsrat Haude, zugleich Protokollführer
Kreisamtsrat Buchholz
Dipl.-Ökon. Kamjunke (bis TOP 6)

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf
Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten
Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Lagen
Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven
Herr Klaus Kreowski, Im Steinviertel 23 a, 27607 Langen

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die zwölfte öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 27.01.2005

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die zwölfte Sitzung des Umweltausschusses des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 27.01.2005 wird genehmigt.

**Punkt 3: Niedersächsische Abfallbilanz 2003
Sitzungsvorlage Nr. 101/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 3 der Tagesordnung.

KAR Buchholz wies darauf hin, dass das Niedersächsische Landesamt für Statistik die Niedersächsische Abfallbilanz 2003 für das Niedersächsische Umweltministerium erarbeitet habe. Grundlage hierfür sei das Umweltstatistikgesetz. Er erläuterte anhand von Folien, dass im Jahr 2003 insgesamt 4,9 Mio. t Abfälle im Rahmen der öffentlichen Abfallentsorgung angefallen seien. Von diesem Gesamtaufkommen seien 46% verwertet, weniger als 1% als Sonderabfall entsorgt und 53% beseitigt worden. Die Menge an Hausmüll, Sperrmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen habe sich im Vergleich zum Jahr 2002 um 5% auf 1,9 Mio. t reduziert. Die Wertstoffmenge sei um 6% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Das spezifische Aufkommen an Hausmüll innerhalb des Landkreises Cuxhaven, liege mit 213 kg/E*a ebenso über dem Landesdurchschnitt wie das Sperrmüllaufkommen mit 43 kg/E*a. Auf Nachfrage der Abg. Frau Ritzenhoff erläuterte KAR Buchholz, dass dies möglicherweise auf den Tourismus zurückzuführen sei. Darüber hinaus wies EKR Jochimsen darauf hin, dass im Landkreis keine Biotonnen eingesetzt würden. Der Verzicht auf die Biotonne führe im Ergebnis zu mehr Hausmüll. BD Wortmeyer ergänzte, dass im Biotonnenversuch in Hagen die Restmülltonne mit etwa 45 kg/E*a weniger Bioabfall gefüllt war als im restlichen Landkreis ohne Biotonne.

KAR Buchholz erläuterte weiterführend, dass sowohl Altglas als auch Altpapier innerhalb des Landesdurchschnittes eingesammelt worden seien. Trotz einer Steigerung lägen die Bioabfallmengen im Landkreis Cuxhaven noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie die Bevölkerung auf die Äußerungen des Umweltministers zum Modellversuch der gemeinsamen Erfassung von Restmüll und Verpackungsabfällen reagiert habe, erläuterte EKR Jochimsen, dass keinerlei Rückfragen erfolgt seien. Die Firma Nehlsen habe auf Anfrage mitgeteilt, dass die Sammlung von Hausmüll und „Gelben Säcken“ in einem Fahrzeug erfolge. Es sei zu befürchten, dass die spätere Umsetzung des Modellversuches, d. h. die Sammlung in einem gemeinsamen Behälter, zu größerem Behältervolumen führen könne. Ein Pressen oder Ineinanderstecken von Wertstoffen und Restmüll zur optimalen Ausnutzung des Behältervolumens sei jedoch nicht wünschenswert.

Nach Aussprache, an der sich die Abgeordneten Frau Bergen, Frau Ritzenhoff, Schütt, Tönjes und Wrede beteiligten, beschloss der Umweltausschuss einstimmig:

Die Niedersächsische Abfallbilanz 2003 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4: Datenerhebung zur Niedersächsischen Abfallbilanz 2004 für Siedlungsabfälle und andere Abfallgruppen
hier: Abfallbilanz 2004 für den Landkreis Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 104/2005

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 4 der Tagesordnung.

KAR Buchholz erläuterte anhand von Folien die Abfallbilanz 2004 des Landkreises Cuxhaven. Er wies dabei insbesondere darauf hin, dass der Anteil an Hausmüll gegenüber dem Vorjahr angestiegen sei. Dabei sei zu berücksichtigen, dass sich auch die Einwohnerzahl um 450 Einwohner erhöht habe.

Auf die Frage der Abg. Frau Ritzenhoff, warum sich die Menge eingelagerter Böden auf der Boden- und Bauschuttdeponie Langen-Neuenwalde von ca. 9.000 t auf über 16.000 t fast verdoppelt habe, erläuterten KAR Buchholz und BD Wortmeyer, dass hier insbesondere eine Steigerung der aus dem Stadtgebiet Bremerhaven angefallenen Böden ausschlaggebend gewesen sei. KAR Buchholz wies ergänzend darauf hin, dass verwertbare Böden in einer Größenordnung von 6.800 t kostenlos an Landwirte und andere Abnehmer abgegeben worden seien.

EKR Jochimsen erläuterte, dass die Regelung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI), dass nur noch vorbehandelte Abfälle abgelagert werden dürften, nunmehr in Kraft getreten sei. Für den Landkreis Cuxhaven hätten sich keine Auswirkungen ergeben, da der Landkreis keine Deponie für Siedlungsabfälle vorhalte, sondern bereits frühzeitig eine thermische Behandlung der Abfälle nutze. BD Wortmeyer ergänzte, dass die Umstellung in Niedersachsen gut gelungen sei. Es habe kaum Engpässe bei der Entsorgung von Abfällen gegeben.

KAR Buchholz wies darauf hin, dass Elektrogeräte ab März 2006 nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz zu Lasten der Industrie zurück genommen, behandelt und verwertet werden müssen. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger seien jedoch zur Annahme der Geräte verpflichtet.

Abg. Frau Ritzenhoff wies darauf hin, dass durch Investitionen im Abfallbereich bundesweit 15.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: Jahresabschluss 2004 der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 102/2005

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Frau Dipl.-Ökon. Kamjunke erläuterte anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresabschluss 2004 in seinen einzelnen Positionen. Sie wies insbesondere darauf hin, dass der Jahresfehlbetrag mit 598.913 € um ca. 376.000 € besser ausgefallen sei als veranschlagt. Der Jahresfehlbetrag sei durch die Gewinnrücklage abgedeckt. Mehreinnahmen seien bei den Gebühren für die Boden- und Bauschuttdeponie Langen-Neuenwalde, bei den Erlösen für Altpapier, durch die Auflösung der erfolgswirksamen Rückstellung für die Deponie Heeßel sowie durch die Erstattung der Mehrkosten der Müllverbrennungskosten bei der BEG durch die Stadt Cuxhaven zu verzeichnen gewesen. Mindereinnahmen seien bei den Müllgebühren zu verzeichnen gewesen. Den Mehraufwendungen bei der Sperrmüllsortierung stünden entsprechende Einsparungen bei der Müllverbrennung gegenüber.

In einem Ausblick für das Jahr 2005 prognostizierte Frau Dipl.-Ökon. Kamjunke, dass durch das derzeit im Entwurfsstadium befindliche Abfallwirtschaftskonzept 2005 bis 2009 Einsparpotentiale vorgesehen seien.

Die Frage der Abg. Frau Schlüter, ob die Erlöse und Aufwendungen für die Sammlung von Altpapier einen Zuschussbedarf von ca. 480.000 € verursache, bestätigte EKR Jochimsen. Er ergänzte, dass das derzeitige System wegen der eingesparten Müllverbrennungskosten trotzdem günstiger sei.

EKR Jochimsen erläuterte auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass die Rückstellungen für die Sicherung und Sanierung von Altablagerungen sinnvoll seien, da man aus dieser Rücklage z. B. die Sanierung der Altablagerung Loxstedt, Moorweg, finanziert habe. In diesem Zusammenhang sei auch die Zuweisung der Gemeinden zu sehen, die sich vereinbarungsgemäß mit 50% der Kosten der Sanierung von Altablagerungen beteiligten.

Auf die Nachfrage des Abg. Schütt, was unter den Erlösen für die Reinigung von Containerplätzen zu verstehen sei, erläuterte KAR Buchholz, dass es sich um eine durchlaufene Position handele, die von der DSD-AG für die von den Gemeinden durchgeführte Reinigung der Containerplätze gezahlt werde.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Der Jahresabschluss 2004 der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 6: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
Sitzungsvorlage Nr. 103/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 6 der Tagesordnung.

KAR Buchholz erläuterte, dass der Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes in der Zeit vom 21.02. bis 21.03.2005 beim Landkreis öffentlich ausgelegen habe. Darüber hinaus habe die Möglichkeit bestanden, den Entwurf bei den Gemeinden/Samtgemeinden der Stadt Langen sowie auf der Internetseite einzusehen. Die Träger öffentlicher Belange hätten je eine Ausfertigung zur Stellungnahme erhalten. Den Mitgliedern des Kreistages sei der Entwurf zu Kenntnisnahme übersandt worden.

Anregungen und Bedenken seien von acht Trägern öffentlicher Belange vorgebracht worden. Auch zwei Privatpersonen hätten sich zum Abfallwirtschaftskonzept geäußert. Am 10.05.2005 sei denjenigen, die Bedenken und Anregungen vorgebracht hätten, Gelegenheit zur Erörterung gegeben worden. Am Erörterungstermin hätten fünf Personen teilgenommen. Die Privatpersonen seien nicht anwesend gewesen. Es sei vorgesehen, den Privatpersonen nach Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept eine Nachricht zukommen zu lassen.

Auf Nachfrage der Abg. Frau Ritzenhoff wies BD Wortmeyer den Eindruck zurück, es gebe einen Konflikt zwischen dem Wasser- und Abwasserverband Wesermünde-Nord (WAV) und dem Landkreis Cuxhaven im Hinblick auf die Boden- und Bauschuttdeponie Langen-Neuenwalde. Der WAV habe wegen vorhandener Rüstungsaltslasten in Kransburg neue Brunnen in Richtung Neuenwalde gesetzt. Dies habe der WAV in Kenntnis der genehmigten Boden- und Bauschuttdeponie und in Abwägung der Rahmenbedingungen so entschieden. EKR Jochimsen erläuterte, dass die Boden- und Bauschuttdeponie Langen-Neuenwalde seit der Genehmigung unverändert betrieben werde. Abg. Wrede ergänzte als stellvertretender Vorsitzender des WAV, dass es sich nicht um einen Konflikt handele, sondern der WAV auf den erforderlichen Grundwasserschutz hingewiesen habe.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Das Abfallwirtschaftskonzept 2005-2009 wird in der ergänzten Form beschlossen.

**Punkt 7: Sachstand Windenergie
Situation in den drei Wattenmeer-Anrainerstaaten
Sitzungsvorlage Nr. 90/2005**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7 der Tagesordnung.

EKR Jochimsen wies darauf hin, dass in Deutschland das politische Ziel bestehe, Offshore-Windparks in einer Kapazität von ca. 20.000 bis 25.000 MW bis zum Jahre 2030 zu errichten. Es sei zu erwarten, dass in der ersten Phase bis 2006 ca. 500 MW, mittelfristig bis 2010 ungefähr 3000 MW installiert würden. Bis 2030 sei denkbar, dass ungefähr 15% der elektrischen Energieproduktion von Offshore-Windparks geliefert werde. Die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) entlang der Küstenlinie sei durch das Baugesetzbuch geregelt. In der sog. AWZ sei der Bund für die Genehmigung verantwortlich, das Genehmigungsverfahren richte sich nach der See-Anlagenverordnung. Innerhalb der 12-Seemeilenzone seien die Länder zuständig, ein Raumordnungsverfahren sei durchzuführen.

Das Raumordnungsverfahren für zwei Offshore-Windgebiete innerhalb der 12-Seemeilenzone für die Gebiete (Nordergründe und Riffgatt) vor der Insel Borkum sei im Dezember 2003 positiv abgeschlossen worden.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Der Sachstand der Offshore-Windkraftplanungen Deutschland wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Situation der Bodenabbauverfahren im Landkreis Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 105/2005

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 8 der Tagesordnung.

KAR Haude erläuterte anhand einer PowerPoint-Präsentation, dass derzeit 102 Bodenabbaustätten im Landkreis Cuxhaven – ohne die Stadt Cuxhaven – betrieben würden. Diese gliederten sich nach der Art des gewonnenen Rohstoffes in 85 Sand/Kiesabbauvorhaben, 6 Torfabbauvorhaben und 11 Klei-/Tonabbauvorhaben. Neben den Neugenehmigungen, die eine Verfahrensdauer von 5 bis 6 Monaten hätten, würden Antragsteller auch im Hinblick auf die Abklärung der Genehmigungsfähigkeit von potentiellen Abbaustätten beraten. Fragen des Lärmschutzes, der Erschließung und das Vorhandensein archäologischer Fundstellen seien von großer Bedeutung. 20 Bodenabbaustätten seien mit der Verpflichtung zur Wiederverfüllung genehmigt worden. Dies diene der Wiederherstellung des Landschaftsbildes, der ökonomischen Verknüpfung des Transportes von Abraumboden und des Beförderns von Füllboden sowie dem sparsamen Umgang von Deponievolumen. Die Bodenabbaugenehmigungen forderten zum Schutz des Grundwassers und des Bodens jedoch eine konsequente Eigen- und Fremdüberwachung des einzulagernden Bodens. Derzeit sei in Wasserschutzgebieten die Einlagerung von Böden der Einbauklasse 0, außerhalb dieser Gebiete Klasse 0* zulässig. Die Bodenabbaustätten würden nach Bedarf, mind. jedoch einmal im Jahr in der Regel kostenpflichtig überprüft.

Auf die Frage der Abg. Frau Ritzenhoff, warum im Grienenbergsmoor Torf abgebaut werde, wies KAR Haude darauf hin, dass die für die Firma gültige Bodenabbaugenehmigung bereits 15 Jahre alt sei. Im Anschluss an den Bodenabbau sei eine Wiedervernässung vorgesehen. Er wies weiter darauf hin, dass kürzlich eine Genehmigung zum Torfabbau in einer Größe von ca. 54 ha im Altendorfer Moor in der Gemeinde Osten erteilt worden sei.

Abg. Frau Goede teilte mit, dass sie unter Berücksichtigung des Grundwasserschutzes im Wasserschutzgebiet „Häsebusch“ die Sorgen des Wasserverbandes Wesermünde-Süd teile. EKR Jochimsen erläuterte, dass es sich bei der Erteilung einer Bodenabbaugenehmigung um eine gebundene Entscheidung handle. Soweit das Abbauvorhaben mit dem öffentlichen Recht vereinbar ist, sei die Genehmigung zu erteilen. Der Verwaltung stünde hierbei kein Ermessen zu.

Auf die Frage der Abg. Frau Ritzenhoff, ob der Torfabbau im Altendorfer Moor hohe naturschutzfachliche Wertigkeiten vernichte, erläuterte Dipl.-Ing. Rusch, dass es sich um Reste nicht abgebauter Handtorfstiche handle, die weitgehend einer landwirtschaftlichen Nutzung unterlägen. Eine hohe naturschutzfachliche Wertigkeit sei nicht vorhanden gewesen. Insgesamt sei festzustellen, dass auch die landwirtschaftliche Nutzung einen Torfverzehr herbeiführe. Die mit der Genehmigung festgelegte Folgenutzung „Wiedervernässung“ werde sich positiv auf das Gebiet auswirken.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9: Mitteilungen und Anfragen

9.1: Nutzungen in FFH-Gebieten

Dipl.-Ing. Rusch wies darauf hin, dass der Niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander mit Schreiben vom 23. Mai 2005 auf einige grundsätzliche Positionen der Landesregierung hingewiesen habe, die sie ihrer Entscheidung zur Nachmeldung der FFH-Gebiete zugrunde gelegt habe. Dieses Schreiben sei ebenso an die betroffenen Gemeinden und Samtgemeinden versandt worden. Eine Zusammenfassung dieses Schreibens wurde den Mitgliedern des Umweltausschusses ausgehändigt.

Abg. Tönjes wies darauf hin, dass seine Gemeinde dieses Schreiben zum Aushang gebracht habe.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

9.2: Sicherung der Natura 2000-Gebiete

Dipl.-Ing. Rusch wies darauf hin, dass der NLWKN den Landkreis mit Schreiben vom 17.05.2005 aufgefordert habe, Sicherungsinstrumente für die im Zuständigkeitsbereich liegenden Natura 2000-Gebiete zu benennen und darzulegen, in welchen Natura 2000-Gebieten der NLWKN im noch zur Verfügung stehenden Zeitraum Naturschutzgebiete ausweisen bzw. bestehende NSG-Verordnungen anpassen sollte. Der Landkreis habe in diesem Zusammenhang die Auffassung vertreten, dass der NLWKN bis zum Ablauf des 31. Dezember 2007 zuständig für die Erklärung zu Naturschutzgebieten ist, soweit dies zur Erfüllung zum Schutz von Gebieten für ein Netz „Natura 2000“ diene. Man habe die Auffassung vertreten, dass der NLWKN zunächst seine Vorstellungen zur Sicherung der Natura 2000-Gebiete vorstellen möge und der Landkreis dann eine Prüfung vornehmen werde.

Die Frage der Abg. Frau Schlüter, ob die Maßnahmen zur Sicherung der Natura 2000-Gebiete geplant seien und ob landwirtschaftliche Betriebe mit der Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten zu rechnen hätten, bestätigten Dipl.-Ing. Rusch und EKR Jochimsen und wiesen auf die gesetzlichen Verpflichtungen zur Sicherung der Gebiete hin. Auf die Frage von Frau Meyer, ob auch bestehende Schutzgebiete ausgeweitet werden könnten, antwortete EKR Jochimsen, dass dies zur Sicherung der FFH-Gebiete erforderlich sein könne.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

9.3: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Wiedezulassung des Abbaus von Sand und Klei in Salzwiesen und Wattenmeer

EKR Jochimsen erläuterte, dass beabsichtigt sei, die Antwort auf die Anfrage der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Der Umweltausschuss nahm zustimmend Kenntnis.

9.4: Unterhaltung von Gewässern

Abg. Frau Ritzenhoff fragt an, ob es vorstellbar und möglich sei, eine gemeinsame Sitzung von Landwirtschafts- und Umweltausschuss zum Thema Gewässerunterhaltung durchzuführen. Als Beispiel benannte Sie die Instandsetzung der Entwässerung von Gräben im Vietsmoor im Februar 2005 an. Nach ihrer Einschätzung sei die Räumung nicht sachgerecht durchgeführt worden, weil dabei in unzulässiger Weise sowohl in ihr Grundstück als auch in die naturnahen Gräben eingegriffen worden sei. Sie überreichte eine Dokumentation der Grabenräumungen an Herrn Dipl.-Ing. Rusch, der zusagte, sich der Angelegenheit anzunehmen. Sie sprach weiter die Vermutung aus, dass die Landwirte im Hinblick auf die zweite Säule der Förderung der Agrarwirtschaft jetzt radikale Räummaßnahmen durchführten, damit sie später nicht mit einer Rückzahlung rechnen müssten.

Dieser Auffassung widersprach Abg. Frau Schlüter. Cross-Compliance greife bereits jetzt. Nach ihrer Ansicht handele es sich um eine unsachliche Unterstellung, die sie nicht auf den ordnungsgemäß wirtschaftenden Landwirten sitzen lassen wolle. Im Übrigen seien es im Wesentlichen die Wasser- und Bodenverbände, die die Unterhaltung durchführten.

Abg. Frau Krause-Behrens sowie Abg. Frau Goede unterstützten die Empfehlung zur Durchführung einer gemeinsamen Sitzung. EKR Jochimsen betonte, dass die Landwirtschaft nicht in erster Linie betroffen sei, da im Wesentlichen die Wasser- und Bodenverbände zuständig seien.

Der Umweltausschuss beschloss mit 2 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen:

Eine gemeinsame Sitzung des Landwirtschaftsausschusses und des Umweltausschusses zum Thema „Gewässerunterhaltung“ wird nicht durchgeführt.

Das Thema soll in der Sitzung des Umweltausschusses am 08. November 2005, zu der die Unterhaltungsverbände eingeladen werden sollen, behandelt werden.

9.5: Kompensationsmaßnahmen für gemeindliche Wegebaumaßnahmen

Abg. Tönjes fragte an, ob ein Kompensationsverhältnis von 1 : 3 für die Befestigung eines landwirtschaftlichen Weges mit Bitumen notwendig sei.

Dipl.-Ing. Rusch erläuterte, dass die Frage nur im Einzelfall unter Berücksichtigung der standörtlichen Gegebenheiten beantwortet werden könne. Auch wenn der Weg bereits vorher mit Schlacke befestigt gewesen sei, wäre die mit dem Eingriff verbundene erhebliche Beeinträchtigung des Naturhaushaltes durch das Aufbringen der Bitumenschicht ungleich höher einzuschätzen.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

9.6: Vortragsveranstaltung „Meeresspiegelanstieg und Weserausbau“

Abg. Frau Ritzenhoff wies darauf hin, dass am 14.06.2005 in Brake ein Vortrag des Herrn Prof. Michael Schirmer zum Thema „Meeresspiegelanstieg und Weserausbau“ stattfinde.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

Punkt 10: Einwohnerfragestunde

10.1: Errichtung von Windenergieanlagen in der Gemeinde Wanna

Eine Einwohnerin erläuterte, sie habe aus der Zeitung Kenntnis davon erhalten, dass in der Gemeinde Wanna die Errichtung mehrerer Windenergieanlagen geplant sei. Sie frage die Verwaltung, wie das derzeit zu beurteilen sei.

EKR Jochimsen teilte mit, dass die Errichtung einer Vielzahl von Windenergieanlagen geplant sei, die eine Höhe von ca. 100 m hätten. Der Investor betrachte diese Gesamthöhe nicht als raumbedeutsam. Diese Auffassung werde derzeit vom Landkreis nicht geteilt. Da es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff handele sei er gerichtlich überprüfbar. Die Samtgemeinden Sietland und Hemmoor hätten derzeit keine Flächennutzungsplanung mit Ausschlusswirkung für Windenergieanlagen. Es sei möglich, dass die Samtgemeinden eine Veränderungssperre erlassen.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

Der Vorsitzende schloss, da weitere Einwohnerfragen nicht vorlagen die Sitzung um 16.30 Uhr mit dem Hinweis an die Abg. Frau Goede, sie möge innerhalb der SPD-Fraktion darauf hinwirken, dass bei der nächsten Sitzung des Umweltausschusses am 08.11.2005 eine größere Anzahl von Vertretern ihrer Fraktion anwesend sei. Es sei unbefriedigend, wenn zum Schluss der Sitzung nur noch eine Person anwesend sei.

Jochimsen
Erster Kreisrat

Haude
Kreisamtsrat
als Protokollführer